

Stadt Frankenberg/Sa.
Stadtrat

Frankenberg/Sa., den 19.11.24

Niederschrift

des öffentlichen Teils der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates der Stadt Frankenberg/Sa. am 13.11.2024

Ort: Veranstaltungs- und Kulturforum Stadtpark Frankenberg/Sa., Hammertal 3

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:32 Uhr

Vorsitzender

Herr Oliver Gerstner

Bürgermeister

CDU-Fraktion

Herr Stadtrat Jörg Brandtstädter

Frau Stadträtin Ute Franke

Herr Stadtrat Volker Kluge

Frau Stadträtin Karin Lohfink

Frau Stadträtin Ute Nebe

Herr Stadtrat Ralf Neumann

Herr Stadtrat Andreas Schramm

Fraktionsvorsitzender

AfD-Fraktion

Herr Stadtrat Mario Schröder

Herr Stadtrat Elko Schulze

Frau Stadträtin Yvonne Schüßler

Herr Stadtrat Frank Urbanek

Frau Stadträtin Nicole Wagner

Fraktionsvorsitzender

bis TOP 10

bis TOP 5

BSW-VG-Fraktion

Frau Stadträtin Katja Fischer

Frau Stadträtin Romy Mühl

Frau Stadträtin Margret Witzschel-
Weinhold

Fraktionsvorsitzende

Fraktion SPD/DIE LINKE

Herr Stadtrat Steven Kempe

Fraktionsvorsitzender

Stadtverwaltung

Frau Ivonne Gudat	SB Haushaltswirtschaft
Frau Janett Reinhold	Referentin des Bürgermeisters
Frau Sandra Saborowski	Bildungsmanagerin
Frau Anja Sparmann	SB Öffentlichkeitsarbeit/Presse
Herr Michael Thiel	Amtsleiter Bauaufgaben
Frau Silke Wendt	SGL Zentrale Dienste

Gäste

Herr Enrico Grille	Geschäftsführer WGF mbH
Herr Jörg Kaaden	Geschäftsführer GGF mbH
Herr Ingolf Rosendahl	Vertreter Freie Presse
Herr René Lüth	Ortsvorsteher Dittersbach
Herr Matthias Bergk	Ortsvorsteher Altenhain
Bürger: 21	

es fehlen:

CDU-Fraktion

Frau Stadträtin Sylvi Maria Bergelt	privat verhindert
Frau Stadträtin Dorothea Canzler	Urlaub

BSW-VG-Fraktion

Frau Stadträtin Birgit Mohr	entschuldigt krank
-----------------------------	--------------------

Fraktion SPD/DIE LINKE

Frau Stadträtin Tina Krause	dienstlich verhindert
-----------------------------	-----------------------

fraktionslos

Herr Stadtrat Marcel Bohnet	privat verhindert
Herr Stadtrat Jürgen Stein	unentschuldigt

Tagesordnung:

1. Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Niederschrift der konstituierenden Sitzung des Stadtrates vom 28.08.2024
3. Einwohnerfragestunde
4. Bericht des Bürgermeisters
5. Feststellung und Entscheidung über Ablehnungs- und Hinderungsgründe von Stadträten nach §§ 18 und 32 SächsGemO
6. Nachverpflichtung von Stadträten
7. Beschluss zur Fraktionsfinanzierungssatzung
8. Beschluss zur Umschuldung des KfW-Darlehens Nr. 877415
9. Beschluss zur Umschuldung des Darlehens Nr. 6100135955 bei der Sparkasse Mittelsachsen

10. Beschluss zum Erlass einer Hebesatzsatzung für das Haushaltsjahr 2025
11. Beschluss zur außerplanmäßigen Aufwendungen für die kommunale Wärmeplanung
12. Beschluss zur Durchführung der Gemeinschaftsmaßnahme der Stadt Frankenberg/Sa. mit dem LASuV - B 169 Erhaltung in und nördlich Dittersbach
13. Beschluss zum Ausstieg aus der EFRE-Förderperiode 2021-2027
14. Beschluss zum Antrag der AfD-Fraktion - Bürger beteiligen - Sachkundige Einwohner in Ausschüsse berufen
15. Beschluss zum Antrag der AfD-Fraktion - Transparenz für Bürger stärken - Niederschriften für Bürger veröffentlichen
16. Beschluss zu Anträgen auf Akteneinsicht
17. Beratung schriftliche Anfragen von Stadträten veröffentlichen
18. Beratung monatlicher Bericht des Bürgermeisters über das Pilotprojekt des Landkreises bzgl. Asylbewerber in gemeinnütziger Arbeit
19. Beratung Übertragung von Stadtratssitzungen im Livestream
20. Beschluss schriftliche Anfragen von Stadträten veröffentlichen
21. Beschluss monatlicher Bericht des Bürgermeisters über das Pilotprojekt des Landkreises bzgl. Asylbewerber in gemeinnütziger Arbeit
22. Mitteilungen und Anfragen

TOP 1 Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister eröffnet die öffentliche Stadtratssitzung und begrüßt die Damen und Herren Stadträte, die Geschäftsführer der WGF und GGF, die Sachgebietsleiterin Zentrale Dienste, den Amtsleiter Bauaufgaben, die Sachbearbeiterin Haushaltswirtschaft, die weiteren Mitarbeiterinnen der Verwaltung, den Vertreter der Freien Presse, die Ortsvorsteher aus Altenhain und Dittersbach sowie die anwesenden Bürger.

Der Bürgermeister stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht elektronisch versendet wurde. Die Sitzungsvorlagen mit den Anlagen wurden in das Ratsinfosystem eingestellt und freigegeben. Der Stadtrat ist mit 17 Stimmberechtigten beschlussfähig. Es fehlen 5 Stadträte entschuldigt und 1 Stadtrat unentschuldigt.

Herr Stein hat sich beim Bürgermeister vor Beginn der öffentlichen Sitzung ohne Angabe von Gründen zur Sitzung abgemeldet. Frau Schüßler hat dem Bürgermeister vor Beginn der Sitzung ihr Gehen um ca. 19.30 Uhr angezeigt.

Der Bürgermeister gibt einen Hinweis betreffs der fristgerechten Ladung:

Die Einladung mit den Unterlagen wurde fristgemäß versendet. Heute gegen 15.00 Uhr wurde der Verwaltung bekannt, dass es zu einem Ausfall des Ratsinformationssystems gekommen ist. Es gab aus Sicht der Verwaltung einen technischen Fehler, welcher mittlerweile wieder behoben ist. Der Server wurde neu geladen und die Unterlagen sind wieder einsehbar. Zur Sicherheit wurden allen Stadträten die Unterlagen in Papierform zur Sitzung ausgereicht. Herr Stein hat der Sitzung im Vorab bereits widersprochen. Ihm standen die Unterlagen heute nicht zur Verfügung. Er konnte sich deswegen nicht auf die Sitzung vorbereiten.

Der Bürgermeister hat sich vor dem nicht öffentlichen Teil mit den Fraktionsvorsitzenden in einer kurzen Beratung darauf geeinigt, die Sitzung heute wie vorgesehen, durchzuführen.

Die Tagesordnung umfasst 22 Tagesordnungspunkte.

Zu Tagesordnung gibt es folgenden Änderungswunsch von Herrn Urbanek:
Er zieht den TOP 14: Antrag der AfD-Fraktion – Bürger beteiligen - Sachkundige Einwohner in Ausschüsse berufen - zurück. Nach der Beratung im Hauptausschuss wurde festgestellt, dass es keiner Besetzung der Ausschüsse mit sachkundigen Bürgern bedarf.

Herr Neumann drückt sein Unverständnis darüber aus, dass sich Stadträte erst kurz vor der Sitzung auf diese vorbereiten.

Der Bürgermeister ergänzt, dass die Unterlagen über die App die ganze Zeit seit der Versendung der Einladung im Ratsinfo zur Verfügung gestanden haben und eine rechtzeitige Vorbereitung auf die Sitzung möglich gewesen ist. Sollte es eine Beschwerde von Herrn Stein geben, müssen alle Beschlüsse noch einmal in einer Sitzung gefasst werden.

Herr Urbanek fragt, ob es richtig ist, dass keine Abstimmung mehr über die Tagesordnung erfolgen muss.

Der Bürgermeister erklärt, dass es einen diesbezüglichen Hinweis von der Rechtsaufsicht gegeben hat. Die Stadträte haben jedoch selbstverständlich weiterhin eine Einflussnahme auf die Tagesordnung, indem sie Anträge zur Tagesordnung, wie z. B. auf Änderung der Reihenfolge der TOP oder zum Zurückziehen von TOP, stellen können.

TOP 2 *Bestätigung der Niederschrift der konstituierenden Sitzung des Stadtrates vom 28.08.2024*
Vorlage: 0.1-832/2024

Zur Niederschrift gibt es keine Korrektur- und Ergänzungshinweise.

Beschluss

Der Stadtrat bestätigt die Niederschrift der konstituierenden Sitzung des Stadtrates vom 28.08.2024.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Soll:	Bürgermeister und 22 Stadträte
	Anwesend:	Bürgermeister und 16 Stadträte
	17 Ja- Stimmen	0 Gegenstimmen
	0 Stimmenthaltungen	0 Befangenheit

TOP 3 *Einwohnerfragestunde*

Der Bürgermeister eröffnet die Einwohnerfragestunde und bittet die Bürger und Bürgerinnen um ihre Fragestellungen.

Es melden sich folgende Bürger:

Herr Matthes hat einige Fragen zum Schloss Sachsenburg. Es wurden weitere Besichtigungstermine für die Bürger versprochen. Gibt es einen Förderverein, der sich um Fördermittel für das Schloss kümmert? Wie hoch sind die Kosten für die Nutzbarmachung? Wie ist die Zeitschiene?

Antwort des Bürgermeisters:

Es gibt Fördermittel für den Bereich der Gedenkstätte, um das Areal nutzbar zu machen und die Infrastruktur zu verbessern. Die Fördermittel umfassen aber nicht den Bereich um das Schloss herum. Weitere Schlossbesichtigungen können nicht durchgeführt werden, da das Schloss nach wie vor eine Baustelle ist. Es sind bis zu 120 T€ für das Anlegen von Rettungswegen, Notbeleuchtung und Sanitäranlagen notwendig, um es für Besucher öffnen zu können. Die Stadt ist für die Beschaffung von Fördermitteln für das Schloss zuständig, allerdings muss sie dann Eigenmittel bereitstellen, die nicht zur Verfügung stehen. Der Förderverein hat sich wieder aufgelöst, da das Schloss nicht nutzbar ist. Aktuell gibt es keine weiteren Fördermöglichkeiten, nur evtl. über das Programm LEADER. Die Stadt muss sich gemeinsam mit dem Stadtrat damit beschäftigen, wie es mit dem Schloss weitergeht. Es werden weitere ca. 30 – 50 Mio. € benötigt, um das gesamte Areal mit Wohnschloss, Nebengebäuden und Außenanlagen zu entwickeln.

Herr Matthes regt eine Übernahme des Freistaates analog der Schlösser Lichtenwalde und Augustusburg an.

Herr Schmitz, Bürger aus Dittersbach dankt für die schnelle Instandsetzung des Weges zwischen dem Sachsenpark und der Straße zum Bahnhof.

Herr Schmitz gibt Anregungen zur weiteren Nutzung des Schlosses Sachsenburg.

Herr Schmitz spricht die Pro-Kopf-Verschuldung i. H. v. 150 €/Einwohner an, welche er für sehr niedrig hält. In den westlichen Bundesländern liegt sie viel höher. Die Stadt sollte weitere Kredite aufnehmen, um Maßnahmen umzusetzen.

Der Bürgermeister teilt zum Schloss Sachsenburg mit, dass die Stadt und der Stadtrat die Rahmenbedingungen besprechen, beraten und festlegen werden. Es sollte ein Investor für das Schloss gefunden werden. Er möchte grundsätzlich vermeiden, dass die Verschuldung weiter steigt. Die Stadt hat z. B. über ihre Beteiligung im ZWA noch weitere Schulden.

Frau Vogler-Poch hat einige Fragen zum Thema im TOP 12 und der Verkehrslage B 169 in Dittersbach.

1. Wieso soll eine Linksabbiegespur in die Straße zum Bahnhof angelegt werden? Sie hat Bedenken zum Ausbau und sieht dort einen Unfallschwerpunkt.
2. Wieso wurde der Ortschaftsrat dazu nicht angehört?
3. Ist eine zusätzliche Rechtsabbiegespur in das Gewerbegebiet geplant?

Antworten des Bürgermeisters:

- Das Thema ist seit Juni 2024 dem alten Ortschaftsrat bekannt.
- Verkehrssituation ist ein altes Thema in Dittersbach, welches schon mehrmals zur Debatte stand. Es wurde damals auch ein Büro mit der Verkehrsplanung beauftragt.
- die enge Querspange ist zurzeit beidseitig befahrbar, was für LKW und vor allem Busse eine große Herausforderung ist, sie kommen kaum um die Kurve oder aneinander vorbei
- Nach Prüfung wird es keinen weiteren Ausbau des Knotenpunktes Sachsenburger Weg/B169 zum Gewerbegebiet geben, nur der Fußweg wird gebaut.

Herr Thiel ergänzt, dass eine Untersuchung dazu vor einem Jahr stattgefunden hat, es wird keine weitere Zufahrt zum Gewerbegebiet in der Ortslage geplant.

Der Bürgermeister beendet die Einwohnerfragestunde um 19.22 Uhr.

TOP 4 Bericht des Bürgermeisters

Der Bürgermeister berichtet über folgende aktuelle Dinge:

Bereich Bürgermeister

- Hinweis auf Volkstrauertag, 17.11.2024, 14 Uhr – Friedhof Altenhainer Straße (Gemeinsam Gedenken – Zeichen setzen.) Auch im Ortsteil Mühlbach/Hausdorf finden Gedenkveranstaltung statt
- Stolpersteinverlegung am 04.11.2024 war gut besucht
- Sicherung Stolpersteine im Bauhof wegen Breitbandverlegung, danach erneute Verlegung

Bauamt

- Fömi-Antrag Umbau FFW-Gebäude Irbersdorf ist eingereicht
- Bauhof Hammerberg:
weiterer Abstimmungstermin zwischen LRA und Planer zur Reduzierung der umfangreichen Forderungen im Bauantragsverfahren fand statt
Optimistisches Ziel derzeit: Unterlagen Januar 2025 vollständig beim LRA

im Bau:

- Ausführung Amalienstr. 1.BA bis 12/2024
- LRA Mittelsachsen Ausbau K8203 OD Mühlbach 4.BA als Gemeinschaftsmaßnahme mit Stadt bis 12/2025 (OHNE Winterpause)
- Sanierung Brücke über den Mühlgraben An der Zschopau (Teilobjekt Errichtung Gedenkstätte KZ-Sachsenburg)
- Gehwegsanierung Kopernikusstr. im Anschluss an Kabelbauarbeiten MITNETZ-Strom bis 11/2024
- Rückbau „Halle Horn“ Amalienstr. 9 in Vorbereitung Straßenbau 2.BA Amalienstr. bis 11/2024

in Vorbereitung:

- Sanierung der Hainichener Str. im Bereich Haus Nr. 29 – 41 (FöMi Kommunalbudget) als Gemeinschaftsmaßnahme mit ZWA, Submission 12.11.2024, gepl. Ausführung 2025
- Ausbau Amalienstr. 2. BA, Ausschreibung Nov. 2024, gepl. Ausführung
- MITNETZ-Strom gepl. Ersatz NS-/MS-Kabel Töpferstraße (04-08/2024 offen)
- LASuV Sanierung Mühlbachdurchlass / B 169 J.-Köhler-Str. (Herbst 2025 – Frühjahr 2026)
- Auswechslung Brückenlager Merzdorfer Str. über die Zschopau

Beantwortung offener Anfragen von Stadträten:

- Anfrage Nr. 18/2024 von Herrn Stein – Betr. Absage der Stadtratssitzung am 06.11.2024:

- kurz nach dem Versand der Einladung hatten sich bereits mehrere Damen und Herren Stadträte für diese Sitzung entschuldigt und sich aus privaten und dienstlichen Gründen abgemeldet
- CDU-Fraktion: bis auf 2 Stadträte alle; BSW-Fraktion: alle; Fraktion SPD/Die Linke: alle

Es wurde bereits zu diesem Zeitpunkt festgestellt, dass der Stadtrat nicht beschlussfähig ist. Daraufhin sagte der Bürgermeister die Sitzung ab. Die Themen der Sondersitzung sind auf die heutige Tagesordnung gesetzt worden.

- Anfrage von Herrn Schramm in der Sitzung am 23.10.2024 zum Zeitaufwand der Verwaltung und Personalkosten für Beantwortung Anfragen Stadträte
- Zeitaufwand ca. 30 Stunden und 1.046 € Personalkosten

- Anfrage von Herrn Stein in der Sitzung am 23.10.2024 betr. Korrektur in der Anlage zur Beantwortung von Anfragen der AfD:
Herr Stein hatte mit seinem Einwand recht. Es gab einen Fehler der Verwaltung beim Übertragen. Herrn Steins Name war nicht mit aufgeführt. Die Verwaltung hat dies sofort nach dem Hinweis von Herrn Stein geprüft und in der Anlage korrigiert. Die geänderte Anlage wurde der Niederschrift beigelegt.

Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nicht öffentlichen Sitzung am 25.09.2024

- Beschluss zur Bestellung der Kassenleiterin und Stellvertreterin
- Beschluss zur Ausschreibung von zwei Baugrundstücken auf einer Teilfläche des Flurstücks 1186/11 Gemarkung Frankenbergr
- Beschluss über den Stundungsantrag mit Ratenzahlung eines Gewerbesteuerschuldners
- Beschluss zur Ausbuchung von uneinbringlichen Forderungen im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten 2023

Der Bürgermeister verliest die jeweiligen Beschlüsse und das Abstimmungsergebnis dazu. Damit sind die Beschlüsse öffentlich bekanntgegeben.

SG Finanzen

- Kassenstand zum 13.11.: 2,9 Mio. €
- Kontostand wird zum Jahresende ausgeglichen sein, es geht in Richtung Haushaltsstabilisierung
- Erstellung Haushalt 2025 ist in der Verwaltung in Arbeit, die Planungen sind aufgrund der politischen Lage schwierig, die Höhe der Kreisumlage ist unbekannt u.v.m.
- Ziel ist es, schnellstmöglich einen Haushalt zu beschließen

Es gibt keine Fragen und Wortmeldungen zum Bericht des Bürgermeisters.

TOP 5 Feststellung und Entscheidung über Ablehnungs- und Hinderungsgründe von Stadträten nach §§ 18 und 32 SächsGemO Vorlage: 0.1-844/2024

Der Bürgermeister erläutert den Sachverhalt. Der Nachrücker für Herrn Matthes für den Wahlvorschlag der AfD, Herr Bohnet, hat Ablehnungsgründe eingereicht und sich für die heutige Sitzung entschuldigt. Herr Bohnet war auch zur letzten Sitzung nicht anwesend. Die Übernahme des Ehrenamtes ist grundsätzlich verpflichtend, es können aber

Ablehnungsgründe geltend gemacht werden. Der Stadtrat entscheidet darüber. Er trägt die wichtigen Gründe laut SächsGemO vor. Herr Bohnet hat zu seinen Hinderungsgründen eine Ergänzung eingereicht. Diese wurden den Stadträten bekannt gegeben.

Herr Schramm sieht keine Deckung zur Anerkennung von Ablehnungsgründen nach § 18. Er hätte erwartet, dass Herr Bohnet zur Sitzung kommt und es erst einmal versucht, das Ehrenamt zu erfüllen. Er hat kein Verständnis dafür und kann seine Gründe nicht akzeptieren.

Herr Neumann kritisiert die Kommunikation der AfD. Es ist bereits die dritte Person für den Wahlvorschlag der AfD, die nicht im Stadtrat mitarbeiten kann oder will.

Herr Urbanek teilt mit, dass in der Zwischenzeit unvorhersehbare Dinge bei Herrn Bohnet eingetreten sind.

Herr Kempe schließt sich Herrn Schramms Meinung an und bezweifelt die Ernsthaftigkeit der Kandidatur der Personen. Er hat für viele vorgebrachte Gründe Verständnis, diese könnte aber jeder Stadtrat angeben. Die Bürger haben ihre Stimme für diese Personen abgegeben. Die Haltung ist nicht fair gegenüber den Bürgern. Für ihn ist es eine „Verarschung am Wähler“.

Beschluss

Der Stadtrat stellt für Herrn Marcel Bohnet Ablehnungs- bzw. Hinderungsgründe zur Übernahme der ehrenamtlichen Tätigkeit nach § 18 bzw. 32 SächsGemO fest.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Soll:	Bürgermeister und 22 Stadträte
	Anwesend:	Bürgermeister und 16 Stadträte
	7 Ja- Stimmen	9 Gegenstimmen
	1 Stimmenthaltungen	0 Befangenheit

- Mehrheitlich nicht festgestellt

TOP 6 Nachverpflichtung von Stadträten

Frau Schüßler verlässt den Sitzungssaal, somit sind 16 Stimmberechtigte anwesend.

Der Bürgermeister informiert, dass Herr Schulze noch nicht verpflichtet ist und er dies heute nachholen möchte. Er fragt Herrn Schulze, ob damit einverstanden ist.

Herr Schulze stimmt der Nachverpflichtung bis zur Entscheidung der Kommunalaufsicht zu.

Der Bürgermeister verpflichtet Herrn Schulze gemäß § 35 Abs. 1 Satz 2 SächsGemO zur gewissenhaften Erfüllung seiner Pflichten nach. Der Bürgermeister verliest die Verpflichtungsformel, Herr Schulze wiederholt den Text. Mit Handschlag bestätigt Herr Schulze die Verpflichtung.

TOP 7 *Beschluss zur Fraktionsfinanzierungssatzung*
Vorlage: 0.1-836/2024/1

Der Bürgermeister erläutert den Sachverhalt. In Städten ab 5.000 Einwohnern sind denen im Stadtrat vertretenen Fraktionen finanzielle Mittel aus dem städtischen Haushalt zur Verfügung zu stellen. Das sind im Fall der Stadt Frankenberg/Sa. 5.600 € im Jahr für alle Fraktionen. Die Satzung soll ab 01.01.2025 rechtskräftig sein. Parteiarbeit kann darüber nicht finanziert werden. Die Fraktionsfinanzierung bedeutet einen erheblichen Mehraufwand für die Verwaltung und die Fraktionen.

Der Hauptausschuss sprach sich in seiner Sitzung am 21.10.2024 einstimmig dafür aus, die Fraktionsfinanzierung für das Jahr 2025 auszusetzen und empfahl dem Stadtrat dies so zu beschließen.

Der Bürgermeister schließt sich der Empfehlung des Hauptausschusses an und dankt dem Stadtrat dafür, dass sie auf die Fraktionsfinanzierung verzichten wollen. Seitens der Landesregierung gibt es wohl Überlegungen, die Fraktionsfinanzierung als ein „Muss“ rückgängig zu machen.

Es gibt keine Fragen und Wortmeldungen.

Beschluss

Der Stadtrat beschließt, die Fraktionsfinanzierung für das Jahr 2025 auszusetzen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Soll:	Bürgermeister und 22 Stadträte
	Anwesend:	Bürgermeister und 15 Stadträte
	16 Ja- Stimmen	0 Gegenstimmen
	0 Stimmenthaltungen	0 Befangenheit

TOP 8 *Beschluss zur Umschuldung des KfW-Darlehens Nr. 877415*
Vorlage: 2.2-300/2024

Der Bürgermeister erklärt kurz den Sachverhalt. Die Zinsbindung des Kredites endet am 15.02.2025. Dann wird das Darlehen entweder zur Rückzahlung fällig oder muss erneut umgeschuldet werden. Aufgrund der Haushaltslage empfiehlt die Verwaltung, das Darlehen umzuschulden. Es gab keine Vorberatung im Hauptausschuss.

Es gibt keine Fragen und Wortmeldungen.

Beschluss

Der Stadtrat der Stadt Frankenberg/Sa. ermächtigt den Bürgermeister, das KfW-Darlehen Nr. 877415 vom 16.12.2009 zum 15.02.2025 in Höhe von 944.000,00 € erneut umzuschulden.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Soll:	Bürgermeister und 22 Stadträte
	Anwesend:	Bürgermeister und 15 Stadträte
	16 Ja- Stimmen	0 Gegenstimmen
	0 Stimmenthaltungen	0 Befangenheit

**TOP 9 *Beschluss zur Umschuldung des Darlehens Nr. 6100135955 bei der Sparkasse
Mittelsachsen***
Vorlage: 2.2-301/2024

Der Bürgermeister erklärt kurz den Sachverhalt. Es handelt sich um ein weiteres Darlehen, welches umgeschuldet werden soll.
Es gibt keine Fragen und Wortmeldungen.

Beschluss

Der Stadtrat der Stadt Frankenberg/Sa. ermächtigt den Bürgermeister das Darlehen Nr. 6100135955 bei der Sparkasse Mittelsachsen vom 13.11.2015 zum 15.11.2025 in Höhe von 709.140,00 € umzuschulden.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Soll:	Bürgermeister und 22 Stadträte
	Anwesend:	Bürgermeister und 15 Stadträte
	16 Ja- Stimmen	0 Gegenstimmen
	0 Stimmenthaltungen	0 Befangenheit

TOP 10 *Beschluss zum Erlass einer Hebesatzsatzung für das Haushaltsjahr 2025*
Vorlage: 2.2-294/2024/1

Der Bürgermeister führt in den Sachverhalt ein. Der Erlass einer Hebesatzsatzung ist für Stadt und die Bürger als Grundlage für die Zahlung von Steuern wichtig. Er erklärt die Hintergründe und die Gesetzgebung und weist auf die derzeit noch laufende Grundsteuerreform hin. Es gehen viele Steuerbescheide vom Finanzamt ein. Die Daten muss die Verwaltung ins Programm einpflegen.

Der Beschluss muss in diesem Jahr noch gefasst werden, sonst kann die Stadt keine Steuern erheben. Dazu gab es auch eine Aufforderung der Kommunalaufsicht. Die Hebesatzsatzung kann im Laufe des Jahres durch den Stadtrat geändert werden. Es gibt viele unbekannte Faktoren, die die Steuern unsicher machen. Im Frühjahr gab es bereits einen Beschluss, dass die Steuern aufkommensneutral sein sollen. Die Verwaltung hat Berechnungen mit verschiedenen Hebesätzen vorgenommen. Er stellt diese anhand einer Präsentation vor und nennt auch die Hebesätze anderer Kommunen.

Der Bürgermeister verliest und beantwortet die Fragen, die im Hauptausschuss zum Thema gestellt worden sind. Die Zahlen liegen der Vorlage als Anlage bei. Aus Sicht der Verwaltung liegt Frankenberg/Sa. mit seiner Hochrechnung im Plan und ist aufkommensneutral. Es wird empfohlen, die Hebesätze für 2025 so zu belassen wie sie 2024 sind.

Herr Schramm fragt, warum die Grundsteuer B eine halbe Million weniger ist als in 2022 geplant.

Frau Gudat antwortet, dass durch die neuen gesetzlichen Regelungen die Garagen weggefallen sind. Die Werte sind der Jahresrechnung entnommen. Das Programm IFR hat mit anderen Werten gerechnet. Sie wird die Grundlagen nochmals prüfen. Sie begrüßt den Vorschlag der Verwaltung, die derzeitigen Hebesätze beizubehalten. Dies zeigt eine gewisse

Stabilität, die Aufkommensneutralität ist gegeben. Sie schlägt vor, Ende des Jahres 2025 die IST-Zahlen zu prüfen und dann ggfs. für 2026 Korrekturen vorzunehmen.

Frau Mühl hat Probleme damit, die Grundsteuer B bei 490 % zu belassen. Es gibt weniger Messbeträge von 2022 zu 2025, d. h., weniger Steuerzahler tragen die Last.

Frau Gudat bestätigt dies und erklärt, dass es durch den Wegfall der Gärten und Garagen weniger Steuerzahler sind. Deshalb gibt es jetzt die Grundsteuerreform mit vielen Änderungen.

Der Bürgermeister ergänzt, dass die Verteilung neu geregelt wurde. Die Stadt möchte die Aufkommensneutralität beibehalten und nicht Mehreinnahmen erzielen. Es laufen noch sehr viele Rechtsverfahren und Einsprüche beim Finanzamt zur Grundsteuer B. Mit der Hebesatzsatzung legt der Stadtrat die Grundlage für den Haushaltsplan.

Frau Gudat ergänzt dazu, dass der Stadtrat bis zum 30.06. eines Jahres die Hebesätze noch ändern bzw. im Rahmen des Beschlusses der Haushaltssatzung neu beschließen kann.

Herr Urbanek ist mit dem Hebesatz Grundsteuer A einverstanden. Die Grundsteuer B möchte er auf 485% absenken.

Herr Kempe schließt sich dem Vorschlag der Verwaltung an. Die Hebesätze sollten als Zeichen für die Bürger nicht erhöht werden. Er schlägt vor, dass sich der Stadtrat Mitte des Jahres die Zahlen ansieht und ggfs. nachsteuert.

Frau Mühl schließt sich dem Vorschlag von Herrn Urbanek an, die Grundsteuer B auf 485 % abzusenken. Es sind ca. 20 T€ weniger Einnahmen für die Stadt. Die Zahlen sollten später noch einmal geprüft werden.

Der Bürgermeister freut sich als Bürger über die Absenkung, aber nicht als Bürgermeister. Die Stadt muss Einnahmen erzielen. Das Geld ist notwendig, z. B. für die Neuausstattung/Ausrüstung der Freiwilligen Feuerwehr. Er appelliert, den Hebesatz bei 490 % zu belassen und im Laufe des Jahres die Zahlen anzusehen. Ein Vergleich mit anderen Kommunen ist dagegen schwierig.

Herr Schramm betont, dass die Stadträte hier nicht als Privatperson sind, sondern im Sinne der Stadt zu handeln haben. Losgelöst vom Haushaltsplan ist die Entscheidung über die Hebesätze schwierig, aber notwendig. Die Stadt muss sich um Einnahmen kümmern, da die Ausgaben nicht weniger werden. Es liegt bereits seit längerer Zeit eine Haushaltssperre vor. Die Hebesätze sollten vorerst für 2025 so belassen werden und mit dem Haushaltsplan 2025 neu betrachtet werden.

Herr Kluge fragt, ob und wann es verlässliche Zahlen zu den Widersprüchen beim Finanzamt gibt.

Frau Gudat teilt mit, dass die Bürger bis Ende des Jahres noch Korrekturen beantragen können. Es kann deshalb noch Abweichungen geben und es ist unklar, wann es verlässliche Zahlen geben wird.

Herr Kluge möchte die Hebesätze so belassen, aber den Beschluss befristen.

Frau Gudat teilt mit, dass der Stadtrat mit dem Halbjahresbericht die Zahlen erhält, danach kann der Stadtrat entscheiden.

Frau Mühl stellt klar, dass sie sich nicht aus persönlichen Gründen für die Absenkung der Grundsteuer B ausspricht. Die Absenkung um 5 % machen lediglich 20 T€ aus.

Herr Schramm bittet Frau Gudat um Erklärung, was die verringerte Anzahl an Steuerschuldnern, z. B. durch weniger Garagen, bedeutet.

Frau Gudat antwortet, dass die Garagen nur einen sehr geringen Anteil bei den Steuern ausmachen. Die Berechnungsgrundlagen wurden grundlegend geändert.

Herr Urbanek teilt mit, dass er an der Absenkung auf 485 % festhält.

Der Bürgermeister stellt fest, dass es bisher keine Anträge der Fraktionen gibt, sondern nur Vorschläge. Er fragt gezielt nach Anträgen.

Herr Kluge stellt den folgenden Antrag:

„Der Bürgermeister wird beauftragt, den Stadtrat im 2. Quartal 2025 über den aktuellen Sachstand zu den Hebesätzen zu informieren und die Hebesätze ggfs. anzupassen.“

Frau Gudat erklärt, dass die Umsetzung nur bis 30.06. möglich ist.

Die Fraktionen der AfD und des BSW stellen den Antrag auf Absenkung des Hebesatzes für die Grundsteuer B von 490 auf 485 %.

Der Bürgermeister fragt zunächst nach der Abstimmung zum Antrag von Herrn Kluge.

<u>Abstimmungsergebnis</u>	Soll:	Bürgermeister und 22 Stadträte
<u>Antrag Hr. Kluge</u>	Anwesend:	Bürgermeister und 15 Stadträte
	13 Ja- Stimmen	0 Gegenstimmen
	3 Stimmenthaltungen	0 Befangenheit

Der Antrag ist somit angenommen.

Der Bürgermeister fragt nach der Abstimmung zum Antrag von den Fraktionen AfD und BSW.

<u>Abstimmungsergebnis</u>	Soll:	Bürgermeister und 22 Stadträte
<u>Antrag AfD/BSW:</u>	Anwesend:	Bürgermeister und 15 Stadträte
	4 Ja- Stimmen	9 Gegenstimmen
	3 Stimmenthaltungen	0 Befangenheit

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Der Bürgermeister fragt nach der Abstimmung zum ursprünglichen Beschlussvorschlag der Verwaltung, die Hebesätze des Jahres 2024 im Jahr 2025 beizubehalten.

Beschluss

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügte Hebesatzsatzung der Stadt Frankenberg/Sa. für das Haushaltsjahr 2025.

Die Hebesatzsatzung ist Bestandteil der Niederschrift.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Soll:	Bürgermeister und 22 Stadträte
	Anwesend:	Bürgermeister und 15 Stadträte
	9 Ja- Stimmen	4 Gegenstimmen
	3 Stimmenthaltungen	0 Befangenheit

TOP 11 *Beschluss zur außerplanmäßigen Aufwendungen für die kommunale Wärmeplanung*
Vorlage: 3.1-078/2024/1

Herr Schulze verlässt den Sitzungssaal, damit sind 15 Stimmberechtigte anwesend.

Der Bürgermeister erläutert in den Sachverhalt. Mit der Wärmeplanung soll eine Planungssicherheit für die Bürger, Einrichtungen und Unternehmen erreicht werden. Unabhängig von der Gesetzgebung ist es wichtig, mit der Planung zu beginnen. Der Technische Ausschuss hat sich mit diesem Thema befasst und empfiehlt dem Stadtrat einstimmig die Beschlussfassung.

Beschluss

Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßige Auszahlung von Finanzmitteln für die Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung. Das Projekt wird durch den Bund zu 100 % gefördert. Die maximale Förderhöhe liegt bei 115.244,00 €. Das Projekt wird in den zukünftigen Haushaltsplan 2025 ff. aufgenommen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Soll:	Bürgermeister und 22 Stadträte
	Anwesend:	Bürgermeister und 14 Stadträte
	13 Ja- Stimmen	0 Gegenstimmen
	2 Stimmenthaltungen	0 Befangenheit

TOP 12 *Beschluss zur Durchführung der Gemeinschaftsmaßnahme der Stadt Frankenberg/Sa. mit dem LaSuV - B 169 Erhaltung in und nördlich Dittersbach*
Vorlage: 3.1-081/2024/1

Der Bürgermeister erläutert den Sachverhalt und erklärt die Maßnahmen, die ausgeführt werden sollen. Die Maßnahme sollte eigentlich auf das Jahr 2026 verschoben werden, aber das LaSuV drängt auf die Ausführung bereits ab Frühjahr 2025. Er verliert dazu die

Hausmitteilung aus dem Bauamt betr. Anpassung des B-Planes im Ortsteil Dittersbach. Die Hausmitteilung wird als Anlage der Niederschrift beigefügt.

Herr Thiel ergänzt die Ausführungen des Bürgermeisters und erklärt die Anpassung des B-Planes.

Herr Urbanek hatte im Technischen Ausschuss mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat beteiligt und angehört werden soll. Es gibt verschiedene Aussagen in der Stadt und der Ortschaft zu dem Thema. Er möchte, dass der Ortsvorsteher, Herr Lüth, jetzt Stellung dazu nimmt.

Der Bürgermeister erklärt, dass ein Ortsvorsteher jederzeit sprechen darf, es braucht dafür keinen Antrag.

Herr Lüth berichtet über die kurzfristige Abstimmung mit dem Ortschaftsrat und die Meinung der Landwirte, welche die Querspange befahren müssen. Er erläutert die Verkehrssituation in der Querspange und in der Straße zum Bahnhof. Die Fußgänger sind gefährdet, da die Fahrzeuge bei Begegnungsverkehr den Fußweg mit nutzen, um aneinander vorbei zu kommen. Der Fußweg sollte deshalb verbreitert werden.

Herr Thiel teilt mit, dass die Straße zum Bahnhof nicht Bestandteil der Maßnahme ist. Es geht um die Fußwege entlang der B 169 in der Ortslage Dittersbach, für deren Herstellung die Stadt zuständig ist. Überfahrbare Fußwege sind zulässig, es gilt die Rücksichtnahme auf Fußgänger.

Herr Urbanek fragt, ob der Ortschaftsrat Dittersbach für diese Maßnahme ist und wünscht die Stellungnahme des Ortschaftsrates.

Herr Lüth hat erst kurz zuvor am 09.11. davon Kenntnis bekommen. Der neue Ortschaftsrat konnte sich noch nicht damit befassen, da es noch keine Sitzung gab. Eine Meinungsbildung war bisher nicht möglich.

Herr Schramm informiert, dass das Vorhaben schon länger bekannt ist und es im Stadtrat im Juni 2024 kaum Widerspruch dazu gegeben hat. Er empfiehlt, die Maßnahme durchzuführen und die Gelegenheit zu nutzen, die Bedingungen an der B 169 zu verbessern.

Der Bürgermeister ergänzt, dass der Ausbau schon lange ein Thema in Dittersbach ist. Es gab bereits viele Diskussionen zur Maßnahme und zum Verkehrskonzept. Die Fußwege entsprechen nicht mehr der neuen geforderten Normen. Es wird keine Änderung der Fußwege in der Straße zum Bahnhof geben. Die Heilung dieser Situation dort ist schwierig. Er appelliert daran, die Chance zu nutzen, um eine Verbesserung zu erzielen.

Herr Kluge spricht sich dafür aus, die Chance zu nutzen, da Geld und Planung vorhanden sind.

Herr Schröder ist ebenfalls für die Baumaßnahme. Es sollte geprüft werden, ob in der Querspange eine Einbahnstraßenregelung aufgrund der dortigen schwierigen Verkehrssituation, eingerichtet werden kann.

Der Bürgermeister macht darauf aufmerksam, dass durch die geplante Maßnahme es zu einer anderen Zufahrt ins untere Dorf kommen wird. Die Querspange soll nicht mehr als alleinige

Zufahrt genutzt werden, sondern die Straße zum Bahnhof soll auch als Zufahrt geöffnet werden.

Herr Schramm befürwortet die Maßnahme, da die Vorteile überwiegen.

Frau Fischer schließt sich Herrn Schramm an, die Maßnahme umzusetzen. Sie erläutert aus ihrer Sicht die Verkehrslage in der Querspange, die LKW und Busse kommen sehr schlecht durch.

Herr Kempe hält die Maßnahme für keine perfekte Lösung. Die Vorteile überwiegen für ihn. Für die Anwohner sollte eine Verbesserung hergestellt werden. Er befürwortet den Beschluss.

Herr Urbanek hätte sich eine konkrete Positionierung des Ortschaftsrates gewünscht und wird sich bei der Abstimmung enthalten.

Beschluss

Der Stadtrat beschließt die Beteiligung der Stadt Frankenberg/Sa. an der Gemeinschaftsmaßnahme mit dem Landesamt für Straßenbau und Verkehr (LASuV) - B 169 Erhaltung in und nördlich Dittersbach.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Soll:	Bürgermeister und 22 Stadträte
	Anwesend:	Bürgermeister und 14 Stadträte
	14 Ja- Stimmen	0 Gegenstimmen
	1 Stimmenthaltungen	0 Befangenheit

TOP 13 *Beschluss zum Ausstieg aus der EFRE-Förderperiode 2021-2027* ***Vorlage: 3.1-080/2024/1***

Der Bürgermeister erklärt in den Sachverhalt. Er nennt die geplanten Projekte und deren Kosten. Die Umsetzung dieser Projekte war fraglich, weil die notwendigen Eigenmittel in Höhe von 1,16 Mio. € im Haushalt nicht zur Verfügung stehen. Für die Projekte hätte es Fördermittel in Höhe von rd. 3,49 Mio. € gegeben. Er hält es für besser, sich später wieder erneut am Programm zu beteiligen.

Herr Urbanek bedauert diese Situation. Er hatte bereits vorhergesehen, dass das nicht machbar ist und Fördermittel zurückzugeben sind. Es ist aber die logische Konsequenz, wenn keine Eigenmittel vorhanden sind.

Der Bürgermeister stellt klar, dass keine Fördermittel zurückgegeben werden müssen. Sie werden einfach nicht abgerufen und in Anspruch genommen. Anderen Fördermittelnehmern wird damit evtl. geholfen, ihre Projekte umzusetzen.

Beschluss

Der Stadtrat beschließt, unter Vorbehalt der städtischen Haushaltlage, den Ausstieg aus den EFRE-Programm „Nachhaltige integrierte Stadtentwicklung“ und die Rückgabe der mit Zuwendungsbescheid vom 08.09.2023 bewilligten Fördermittel für den Zeitraum 2023-2027.

Abstimmungsergebnis: Soll: Bürgermeister und 22 Stadträte
Anwesend: Bürgermeister und 14 Stadträte
15 Ja- Stimmen 0 Gegenstimmen
0 Stimmenthaltungen 0 Befangenheit

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass es sich um Bauprojekte über das Programm EFRE handelt. Das hat nichts mit dem Programm ESF zu tun.

TOP 14 *Beschluss zum Antrag der AfD-Fraktion - Bürger beteiligen - Sachkundige Einwohner in Ausschüsse berufen*
Vorlage: 0.1-839/2024/1

Den Tagesordnungspunkt hat Herr Urbanek vor Eintritt in die Tagesordnung von der Tagesordnung zurückgezogen.

TOP 15 *Beschluss zum Antrag der AfD-Fraktion - Transparenz für Bürger stärken - Niederschriften für Bürger veröffentlichen*
Vorlage: 0.1-840/2024/1

Der Bürgermeister führt in den Sachverhalt ein und übergibt das Wort an die Antragsteller zur Vorstellung und Begründung ihres Antrages.

Herr Urbanek und seine Fraktion möchten damit mehr Transparenz für die Bürger zur Arbeit des Stadtrates herstellen. Die Bürger sollen nachverfolgen können, was in der Sitzung besprochen wurde und welcher Stadtrat sich wie zu den Themen geäußert hat.

Der Bürgermeister teilt mit, dass sich der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 21.10. mit dem Thema befasst hat. Es wurde sich auf seinen Vorschlag hin darauf verständigt, dass die Niederschriften nach Bestätigung durch den Stadtrat über das Ratsinformationssystem veröffentlicht werden können. Es braucht dafür keinen Beschluss.

Herr Stein gehört nicht mehr der AfD-Fraktion an, hatte aber als fraktionsloser Stadtrat angekündigt, dass er den Beschluss zurückzieht.

Der Bürgermeister fragt Herrn Urbanek, wie er das sieht.

Herr Urbanek stellt klar, dass Anträge der Fraktion nur vom Fraktionsvorsitzenden zurückgezogen werden können. Er zieht den Antrag nicht zurück.

Der Bürgermeister bittet Herrn Urbanek um eine interne Klärung und Erklärung, was wer in der AfD-Fraktion darf oder nicht, da Herr Stein kein Mitglied der AfD-Fraktion mehr ist. Er nutzt öffentlich das Stadtwappen und das Symbol der AfD-Fraktion für seine Anträge und Anfragen.

Herr Schramm schlägt vor, die Veröffentlichung nicht über einen Antrag festzulegen, sondern besser die Geschäftsordnung hierfür zu ändern.

Herr Urbanek widerspricht Herrn Schramm. Der Antrag wird aufrechterhalten.

Herr Kempe fragt nach, ob der Bürgermeister auch ohne Antrag die Niederschriften veröffentlichen will.

Der Bürgermeister spricht sich für mehr Transparenz für die Bürger aus und hält den Antrag für nicht notwendig.

Der Bürgermeister kündigt an, dass die Monatsfrist für die Bestätigung der Niederschriften in nächster Zeit von der Verwaltung wegen der Wahlen nicht eingehalten werden kann, da die Mitarbeiterinnen seines Bereiches darin eingebunden sind. Er erläutert das Verfahren zu den Niederschriften noch einmal.

Herr Schramm weist auf die ungenaue Formulierung des Beschlussvorschlags der AfD hin.

Der Bürgermeister bringt einen eigenen Antrag für den Beschlussvorschlag vor, da dieser von der AfD-Fraktion ungenau ist. Er lässt über den Beschluss mit dem ergänzten Wortlaut abstimmen.

Beschluss

Beschlussvorschlag zur Ergänzung der Geschäftsordnung für die Niederschrift § 28 Absatz 5:

Die Niederschrift ist innerhalb eines Monats, in der Regel jedoch spätestens zur nächsten Sitzung im Stadtrat zur Kenntnis zu bringen. Über die gegen die Niederschrift vorgebrachten Einwendungen entscheidet der Stadtrat. Nach Bestätigung der Niederschrift wird der öffentliche Teil zur allgemeinen Einsichtnahme in elektronischer Form über das Rats- und Bürgerinformationssystem bereitgestellt.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Soll:	Bürgermeister und 22 Stadträte
	Anwesend:	Bürgermeister und 14 Stadträte
	15 Ja- Stimmen	0 Gegenstimmen
	0 Stimmenthaltungen	0 Befangenheit

TOP 16 *Beschluss zu Anträgen auf Akteneinsicht* ***Vorlage: 0.1-837/2024/1***

Der Bürgermeister erläutert den Sachverhalt. Die Akteneinsicht ist grundsätzlich zulässig. Es muss entschieden werden, in welchem Gremium die Akteneinsicht durchgeführt werden soll. Es gibt keine Festlegung dazu, deshalb muss der Stadtrat dies bestimmen.

Herr Schramm ergänzt, dass alle Stadträte an den Ausschusssitzungen teilnehmen und Einsicht nehmen können, auch wenn sie keine Ausschussmitglieder sind.

Beschluss

Der Stadtrat beschließt, den Hauptausschuss mit der Akteneinsicht zu folgenden Sachverhalten zu betrauen:

1. Sitzungsvorbereitung 28.08.2024 in rechtlicher Hinsicht

2. Fraktionsbildungen CDU/SPD-DIE LINKE/BSW
3. Gespräche und Schriftsätze zu TOP 3 (vom 28.08.2024) mit der Kommunalaufsicht
4. Sitzungseinberufung und deren Absage 19.09.2024
5. Fischerschänke

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Soll:	Bürgermeister und 22 Stadträte
	Anwesend:	Bürgermeister und 14 Stadträte
	15 Ja- Stimmen	0 Gegenstimmen
	0 Stimmenthaltungen	0 Befangenheit

TOP 17 Beratung schriftliche Anfragen von Stadträten veröffentlichen

Der Bürgermeister führt in den Sachverhalt ein. Die nächsten Tagesordnungspunkte sind alles Sachverhalte aus der abgesagten Sondersitzung des Stadtrats vom 06.11.2024. Sie wurden auf die heutige Tagesordnung übernommen.

Er übergibt das Wort an die Antragsteller zur Vorstellung und Begründung ihres Antrages.

Herr Urbanek möchte mit dem Antrag erreichen, dass alle Bürger die schriftlichen Anfragen der Stadträte und Fraktionen sowie deren Beantwortung nachlesen können.

Der Bürgermeister teilt mit, dass dazu ein Verfahren definiert und von der Verwaltung geprüft werden muss. Im Kreistag ist dies möglich. Es bedeutet einen Mehraufwand von 1 – 2 Tagen für die Verwaltung, auch braucht es ein extra Modul im Ratsinformationssystem dafür, welches programmiert werden muss. Die Kosten belaufen sich auf ca. 1.600 €.

Die Anfragen müssen nachvollziehbar hinterlegt und eingepflegt werden. Auf der Homepage der Stadt ist eine Veröffentlichung der Anfragen nicht vorgesehen, auch nicht bei facebook, sondern nur im Ratsinfosystem.

Herr Schramm betont, dass die Verwaltung entlastet und Kosten gespart werden sollten. Die Homepage ist nicht das Sprachrohr der AfD. Sie sollen eigene Kanäle nutzen. Die Verwaltung muss alle Anfragen wortwörtlich einschl. Schreibfehler abtippen, da alles in Papierform eingereicht wird. Das bedeutet einen hohen Zeit- und Arbeitsaufwand. Das ist nicht Aufgabe der Stadt.

Der Bürgermeister teilt mit, dass alle Anfragen beantwortet werden müssen. Ein Stadtrat verlangt stets die schriftliche Beantwortung seiner Anfragen, was einen großen Aufwand für die Verwaltung darstellt. Da alle Anfragen zurzeit nur in Papierform eingehen, wünscht er sich, dass diese zur Entlastung der Mitarbeiterinnen auch digital eingereicht werden. Er sieht es mittlerweile als eine Nötigung durch Stadträte der AfD an. Wenn der Stadtrat es wünscht, werden alle Anfragen in das Ratsinformationssystem eingestellt und die Ausgabe für das Modul getätigt werden. Er bezweifelt, ob die Ausgabe angemessen ist.

TOP 18 *Beratung monatlicher Bericht des Bürgermeisters über das Pilotprojekt des Landkreises bzgl. Asylbewerber in gemeinnütziger Arbeit*

Der Bürgermeister führt in den Sachverhalt ein und übergibt das Wort an die Antragsteller zur Vorstellung und Begründung ihres Antrages.

Herr Urbanek möchte, dass der Bürgermeister einen monatlichen Bericht zum aktuellen Stand gibt.

Der Bürgermeister stellt klar, dass er eine monatliche Berichterstattung nicht leisten kann, es wird nicht jeden Monat etwas Neues geben, auch aufgrund der Sitzungspause im Sommer. Konkrete Fragen können jederzeit im TOP – Mitteilungen und Anfragen – gestellt werden.

TOP 19 *Beratung Übertragung von Stadtratssitzungen im Livestream*

Der Bürgermeister führt in den Sachverhalt ein und übergibt das Wort an die Antragsteller zur Vorstellung und Begründung ihres Antrages.

Herr Urbanek hat sich mit dem Thema befasst und festgestellt, dass der Livestream ein erheblicher Kostenpunkt ist. Er fragt, ob als kostengünstigere Variante nur die Tonübertragung und die Präsentation als Standbild möglich ist.

Herr Kempe zweifelt an, dass es Bedarf dafür gibt und sich Leute über mehrere Stunden die z. T. unverständlichen Tonaufzeichnungen anhören wollen. Wenn die Bürger Interesse haben, würden sie an den Sitzungen teilnehmen. Er hat kein Verständnis für das Anliegen der AfD.

Der Bürgermeister stimmt Herrn Kempe zu. Die Anfrage wurde bereits schon einmal gestellt. Es muss die entsprechende Kamera-Technik beschafft werden, auch mobile Geräte, falls der Sitzungsort gewechselt wird. Es entsteht ein hoher personeller und zeitlicher Aufwand für den Aufbau der Technik und deren Sicherstellung und Überwachung während der Sitzung. Die Beauftragung einer externen Firma würde Kosten in Höhe von ca. 500 bis 1.000 € pro Abend verursachen. Für den Livestream sind auch die rechtlichen Grundlagen zu prüfen und abzuklären. Ein wesentlicher Punkt ist auch die Einhaltung des Datenschutzgesetzes. Das Einverständnis aller Anwesenden zur Aufzeichnung und zu den Bildrechten sind vor jeder Sitzung einzuholen.

Herr Schramm spricht sich gegen den Livestream aus. Die Stadträte sind keine Berufspolitiker, sondern nur Personen im Ehrenamt. Er befürchtet, dass der Livestream kontraproduktiv ist und sich die Stadträte kaum in der Sitzung äußern werden, wenn eine Übertragung stattfindet. Er bittet Herrn Urbanek, den Antrag zurückzuziehen.

Der Bürgermeister berichtigt Herrn Schramm, dass es sich nur um eine Beratung und keinen Beschluss handelt.

Herr Urbanek kennt selbst 4 Personen, die aufgrund ihrer körperlichen Beeinträchtigung nicht an der Sitzung teilnehmen können. Wegen der hohen Kosten ist er nun doch gegen eine Liveübertragung, eine kostenneutrale Lösung sollte gesucht werden.

Frau Mühl schließt sich dem Vorschlag, die Sitzungen live zu übertragen, nicht an. Wenn sich Bürger für die Sitzungen interessieren, sollen sie an den Sitzungen teilnehmen. Sie möchte nicht so eine öffentliche Person sein und sich im Internet wiederfinden, da das Internet nichts vergisst. Sie lehnt den Livestream konsequent ab.

Es gibt keine weiteren Fragen und Wortmeldungen.

TOP 20 *Beschluss schriftliche Anfragen von Stadträten veröffentlichen*
Vorlage: 0.1-845/2024

Der Bürgermeister übergibt das Wort an die Antragsteller.

Da der Bürgermeister über den erheblichen Mehraufwand ausführlich informiert hat, zieht Herr Urbanek den Antrag zurück.

TOP 21 *Beschluss monatlicher Bericht des Bürgermeisters über das Pilotprojekt des Landkreises bzgl. Asylbewerber in gemeinnütziger Arbeit*
Vorlage: 0.1-846/2024

Der Bürgermeister übergibt das Wort an die Antragsteller.

Nach der erfolgten Beratung zieht Herr Urbanek den Antrag zurück.

TOP 22 *Mitteilungen und Anfragen*

Der Bürgermeister gibt einige Hinweise zur Einreichung von Anträgen aus den Reihen der Stadträte bzw. Fraktionen. Die Tagesordnung legt der Bürgermeister fest. Diese wird mit dem Ältestenrat besprochen und abgestimmt. Eingereichte Anträge kommen auf die übernächste Sitzung als Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung. Keine TOP der heutigen Sitzung rechtfertigen die unverzügliche Einberufung einer Sondersitzung. Er bittet dringend darum, dass zukünftig vor der Einreichung von Anträgen auf Sondersitzung geprüft wird, ob diese auch notwendig sind oder die Anträge nicht als TOP auf die Tagesordnung der nächsten bzw. übernächsten Sitzung gesetzt werden können. Er wünscht sich für die Zukunft geordnete und konstruktive Sitzungen des Stadtrates.

Seitens der Stadträte gibt es nachstehende Anfragen:

Herr Kluge fragt nach dem aktuellen Stand zum Brandhaus gegenüber der Erich-Viehweg-Oberschule.

Antwort des Bürgermeisters: Die Zuständigkeit liegt beim Landratsamt. Es gibt keine neuen Erkenntnisse.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die heutigen Beschlüsse vielleicht wiederholt werden müssen. Er geht davon aus, dass ein Stadtrat bereits die Kommunalaufsicht wegen der Rechtmäßigkeit der Beschlüsse informiert hat.

Der Bürgermeister beendet die öffentliche Stadtratssitzung um 21.32 Uhr.

Vorsitzender des Stadtrates


Oliver Gerstner
Bürgermeister


Bettina Krahl
Protokoll

Stadträte


Ute Nebe


Katja Fischer

Anlage

- Hausmitteilung Anpassung B-Plan im Rahmen der Errichtung einer Linksabbiegespur an der B 169 im Ortsteil Ditterbach

Anlage 1

Stadtverwaltung Frankenberg/ Sa.

Frankenberg, den 13.11.2024

HAUSMITTEILUNG

von: *Florian Aurich*

an: *BM Gerstner*

Anpassung B-Plan im Rahmen der Errichtung einer Linksabbiegespur an der B 169 im Ortsteil Dittersbach

Sehr geehrter Herr Gerstner,

im Rahmen der heutigen Stadtratssitzung (13.11.2024) soll der Beschluss zur Durchführung der Gemeinschaftsmaßnahme mit dem LASuV – B 169 Erhaltung in und nördlich Dittersbach herbeigeführt werden. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Maßnahme ist die Errichtung einer Linksabbiegespur. Die für den Kreuzungsausbau benötigten Flächen befinden sich innerhalb des Bebauungsplanes Nr. 11 „Gewerbegebiet Ost“ in der Fassung der 1. Änderung und Ergänzung. Die Flächeninanspruchnahme sowie die dadurch bedingte teilweise Änderung der im Bebauungsplan erfolgten Zuordnung erfolgt in einem nachfolgenden Änderungsverfahren.

Auf der heutigen Stadtratssitzung sollte dieser o.g. Sachverhalt bitte mir benannt und protokolliert werden.

FA

Florian Aurich
Projektleiter Tiefbau,
Wirtschaftsförderung,
Klimaschutz

Sichtvermerk:

SGL

BL